

## Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung**

zur Behandlung im **Gemeinderat**

---

<b>Betreff:</b>	<b>Ehrenbürgerschaft Adolf Scheef, Theodor Haering, Paul von Hindenburg</b>
Bezug:	Vorlagen 176a/ 2012, 176b/2012, 176/2012, 511/2012, 520d/2008, 548/2007, 511/2005, Protokoll der Kommission des Erinnerns vom 28.02.2008, Protokoll der Kommission des Erinnerns vom 05.03.2009
Anlagen: 2	Anlage 1: Adolf Scheef Anlage 2: Theodor Haering

---

## Beschlussantrag:

1. Adolf Scheef wird auf Grund seiner Verstrickung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem die Ehrenbürgerwürde aberkannt.
2. Theodor Haering wird auf Grund seiner Verstrickung in das nationalsozialistische Herrschaftssystem die Ehrenbürgerwürde aberkannt.
3. Paul von Hindenburg wird auf Grund seiner historischen Verantwortung für das Scheitern der Weimarer Demokratie und für die Machtübernahme Adolf Hitlers die Ehrenbürgerwürde aberkannt.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>		<b>Jahr.</b>	<b>Folgej.:</b>
Investitionskosten:	€	€	€
Bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand/Ertrag jährlich	€	ab:	

## Ziel:

Adolf Scheef und Theodor Haering können auf Grund heutiger Erkenntnisse nicht unkommentiert auf

der Ehrenbürgerliste der Universitätsstadt Tübingen geführt werden. Beide haben das nationalsozialistische Regime unterstützt und sich daher nicht um das Gemeinwohl verdient gemacht. Auch wenn rein formal das Ehrenbürgerrecht als allgemeines Persönlichkeitsrecht mit dem Tod erlischt, soll doch wenigstens symbolisch verdeutlicht werden, dass Adolf Scheef und Theodor Haering nach unserem heutigen Verständnis die Ehrenbürgerwürde zu Unrecht verliehen bekommen haben.

Paul von Hindenburg wird aus bisher unbekanntem Gründen seit den fünfziger Jahren nicht mehr auf der Ehrenbürgerliste der Universitätsstadt Tübingen geführt. Ihm wurde aber nicht 1946 wie Hitler, Mergenthaler und Murr die Ehrenbürgerwürde aberkannt. Dies soll jetzt nachgeholt werden.

## **Begründung:**

### 1. Anlass / Problemstellung:

Seit längerem wird nicht nur im Gemeinderat, sondern auch in der Öffentlichkeit über die Frage des Umgangs mit der Ehrenbürgerschaft von in den Nationalsozialismus verstrickten Persönlichkeiten diskutiert. Im Fokus stehen dabei Hans Gmelin, Theodor Haering und Adolf Scheef. Am 11.10.2012 hat der Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung (Vorlage 176a/2012) beschlossen, die Biografie Hans Gmelins auf der Basis eines Forschungsstipendiums umfassend und exemplarisch aufarbeiten zu lassen. Die Verwaltung vertrat die Meinung, das Ergebnis dieser Forschungsarbeit abzuwarten und danach in einer Gesamtperspektive über weitere strittige Ehrenbürgerschaften zu entscheiden.

In einem offenen Brief forderten die Geschichtswerkstatt Tübingen e.V. und der Verein Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus e.V. daraufhin den Gemeinderat auf, Adolf Scheef und Theodor Haering die Ehrenbürgerwürde abzuerkennen. In einem interfraktionellen Antrag (Vorlage 176b/2012) schlossen sich AL/Grüne und SPD dieser Forderung an. Der Antrag wurde damit begründet, dass Adolf Scheef „ab 1933 eine nationalsozialistisch ausgerichtete Stadtpolitik“ betrieb und dass er „antisemitischen Aktionen und Ratsbeschlüssen Vorschub“ leistete. Theodor Haering wird im Antrag „als geistiger Steigbügelhalter der Nazis“ bezeichnet und ihm wird vorgeworfen, dass er es mitzuverantworten hat, dass „die Uni Tübingen quasi über Nacht gleichgeschaltet wurde“. In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Integration und Gleichstellung am 3. Dezember 2012 wurde die Verwaltung beauftragt, zu dem interfraktionellen Antrag eine umfassende und fundierte Begründung zu erarbeiten.

Bei der Erarbeitung der Begründung hat sich die Verwaltung im Wesentlichen auf Quellen aus dem Stadtarchiv und einschlägige wissenschaftliche Publikationen zum Thema gestützt (im Einzelnen vgl. Anlagen).

Es ist vorausschauend festzuhalten, dass die Verwaltung eine fundierte wissenschaftliche Aufarbeitung der Biografien und der politisch/beruflichen Werdegänge nicht leisten kann. Für eine umfassende Forschung wäre ein vollständiges Quellenstudium ebenso angezeigt wie die Heranziehung weiterführender Sekundärliteratur. Insbesondere bei Adolf Scheef ergeben sich Forschungsdefizite. Scheefs Biografie ist bisher nur in Einzelaspekten untersucht worden, seine Weimarer Zeit ist nahezu unerforscht. Auf Grundlage der bisher geleisteten Forschung ist keine umfassende und fundierte Darstellung der Person und seiner Handlungsweise möglich.

Zu Theodor Haering liegen ausführliche Forschungsarbeiten vor. Über den Philosophieprofessor gibt es mehrere Aufsätze und Publikationen. Insbesondere Manfred Hantke und Patricia Gebhardt haben sich mit der Biografie von Theodor Haering befasst und sich mit seiner NS-Vergangenheit auseinandergesetzt.

setzt.

Auch die Rolle von Paul von Hindenburg ist durch die historische Forschung in zahlreichen Publikationen ausreichend belegt.

## 2. Sachstand

Die folgenden Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und können nur als grobe Zusammenfassung dessen gewertet werden, was bereits über Theodor Haering und Paul von Hindenburg veröffentlicht worden ist. Eine ausführliche Darstellung ist in den angegebenen Publikationen zu finden. Der Schwerpunkt dieser Vorlage liegt auf Adolf Scheef, da die bisherigen Forschungen zu seiner Person nur unzureichend sind.

### 2.1. Adolf Scheef

Im März 1939, mit Eintritt in den Ruhestand, erhielt Oberbürgermeister Adolf Scheef die Ehrenbürgerwürde der Stadt Tübingen. Scheef wurde die Ehrenbürgerschaft von einem nicht demokratisch gewählten Gemeinderat und auf Vorschlag des NS-Bürgermeisters Ernst Weinmann, der 1946 als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt wurde, verliehen. Im Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 31.3.1939 heißt es: „Dem Herrn Oberbürgermeister Adolf Scheef in Tübingen wird in Würdigung seiner großen Verdienste um die Stadt Tübingen anlässlich seines heutigen Ausscheidens aus dem Dienst der Stadt gem. § 21 Abs. 1 DGO das Ehrenbürgerrecht der Stadt Tübingen verliehen.“ 1959 wurde eine Straße auf dem Österberg nach ihm benannt.

Adolf Scheef ist der einzige Ehrenbürger der Universitätsstadt Tübingen, der von einem nationalsozialistischen Gemeinderat ausgezeichnet wurde und heute noch auf der Ehrenbürgerliste der Universitätsstadt Tübingen genannt wird. Dies kann als ausreichendes Argument dafür dienen, um Adolf Scheef die Ehrenbürgerschaft abzuerkennen. Ein fundiertes Urteil, in welchem Ausmaß und mit welcher Überzeugung Scheef nationalsozialistische Stadtpolitik mitgetragen oder sogar eigenständig vorangetrieben hat, erweist sich hingegen als schwierig. An den untersuchten Beispielen (Anlage 1) wird deutlich, dass es strittig ist, ob Scheef im eigentlichen Sinn initiativ geworden ist oder „nur“ in vielen Fällen die Vorschläge der NSDAP und des gleichgeschalteten Gemeinderats ausgeführt hat. In erster Linie scheint ihn das Interesse am wirtschaftlichen Wohlergehen der Stadt geleitet zu haben. So war Scheefs Engagement für die Ansiedlung von NS-Parteiinrichtungen vor allem der Tatsache geschuldet, dass er einen Rückgang der Studentenzahlen befürchtete und daher aus wirtschaftlichen Gründen ein Ersatz auf anderen Gebieten geschaffen werden sollte.

Auch die Frage, ob Adolf Scheef antisemitischen Ratsbeschlüssen Vorschub geleistet hat, lässt sich nicht zweifelsfrei beantworten. Auch hier erlaubt die stichprobenartige Auswertung der Quellen kein eindeutiges Urteil. Es bleibt unklar, ob Scheef sich mehr oder weniger freiwillig den politischen Gegebenheiten gefügt hat oder wirklich ideologisch überzeugt war. Es lässt sich ebenso wenig dokumentieren, dass Adolf Scheef Widerstand gegen die Ansprüche der Nationalsozialisten geleistet hat. Widerspruch seinerseits ist bei der stichprobenartigen Untersuchung der Ratsprotokolle nicht festzustellen. Überhaupt nicht untersucht wurde, ob es private Aufzeichnungen von Scheef gibt, und nur sehr eingeschränkt, was Zeitzeugen über ihn sagen.

Die neuere Forschung bezüglich Kommunalverwaltungen während der NS-Zeit weist darauf hin, dass die untersuchten Persönlichkeiten in einen historischen Vergleichszusammenhang eingeordnet werden sollten. „Personelle Kontinuität und mehrfach neujustierte administrative Normalität, nicht die oftmals vermutete tiefgreifende Zäsur, prägen das Bild der deutschen Kommunalverwaltung über die großen

Umbrüche des 20. Jahrhunderts hinweg. Als bewährte traditionsreiche Behörden haben die deutschen Kommunalverwaltungen ihre eigene Umwidmung in Instrumente eines Unrechtsregimes nicht zu verhindern vermocht; sie haben vielmehr durch Selbstgleichschaltung und schnell veränderte administrative Normalität im Sinne eines ‚dem Führer entgegen Arbeitens‘ Schübe der Radikalisierung im nationalsozialistischen Deutschland ‚von unten‘ ausgelöst.“ (Klöckler, Jürgen: Selbstbehauptung durch Selbstgleichschaltung. Die Konstanzer Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Ostfildern 2012, S. 398).

## 2.2. Theodor Haering

Im November 1957 schied Theodor Haering aus gesundheitlichen Gründen aus dem Gemeinderat aus. Bei seiner Verabschiedung wurde ihm „in Anerkennung seiner Persönlichkeit und in Würdigung seiner besonderen Verdienste auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet das Ehrenbürgerrecht der Universitätsstadt Tübingen verliehen“ (Gemeinderatsprotokoll 11. November 1957). Als weitere Auszeichnung erhielt er am selben Tag die Hölderlinplakette der Universitätsstadt Tübingen. Nach seinem Tod übernahm die Stadtverwaltung die Beerdigungskosten, die Beschaffung und das Aufstellen des Grabsteines, sowie die erste Anpflanzung des Grabes und die Grabpflege. Am 15. März 1971 wurde der Staffelaufgang von der Neckarhalde zum Schänzle bis zur Schwärzlochler Straße nach ihm „Haeringstaffel“ benannt.

Theodor Haering konnte zwar nicht nachgewiesen werden, dass er „im Nationalsozialismus anders als durch das Wort gehandelt hat.“ (Gebhardt 2008, S.45 f.), aber er hat sich in jedem Fall durch seine Publikationen und Vorträge zum ideologischen Gehilfen und Propagandisten eines verbrecherischen Regimes gemacht. Theodor Haering hat das System in seiner Funktion als Hochschullehrer gestützt und gefördert, er hat dem nationalsozialistischen Führerkult gehuldigt und versucht, die NS-Ideologie für die Philosophie zu adaptieren.

## 2.3. Paul von Hindenburg

Am 4. Mai 1933, bei der Amtseinsetzung des gleichgeschalteten Gemeinderats, wurden auf Antrag des NSDAP-Fraktionsvorsitzenden Ernst Weinmann Reichspräsident Paul von Hindenburg, Reichskanzler Adolf Hitler, Staatspräsident Wilhelm Murr und Kultusminister Christian Mergenthaler mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet. Weinmann begründet dies folgendermaßen: „Nationalsozialistische Art ist es aber, an solchen Tagen immer unserer großen Führer zu gedenken, die uns im Kampf vorangegangen sind, die uns in entscheidenden Stunden immer wieder von Neuem den Glauben an unseren Sieg, den Glauben an Deutschland, wiedergaben“. (Gemeinderatsprotokoll 4. Mai 1933). Hindenburg wurde als „der in Krieg und Frieden erprobte Führer des deutschen Volkes“ geehrt. Wortmeldungen zu diesem Antrag erfolgten nicht, er wurde einstimmig angenommen. Bereits in der Weimarer Republik hatte die Universitätsstadt einen Platz nach Hindenburg benannt: am 2. Oktober 1927 wurde im Gemeinderat beschlossen, „das sogenannte 'Schimpfeck' in Zukunft als 'Hindenburgplatz' zu bezeichnen“. Außerdem kam während der NS-Zeit als weitere Benennung die Hindenburg-Kaserne hinzu, später Burgholzkaserne.

Hitler, Mergenthaler und Murr wurden durch Verfügung des Oberbürgermeisters Hartmeyer die Ehrenbürgerschaften am 23. April 1946 aberkannt und sie wurden in der damals geführten Liste gestrichen. Reichspräsident Paul von Hindenburg wird in der aktuellen Liste ebenfalls nicht mehr genannt. Er fehlt bereits in den Nachkriegsausgaben der amtlichen Adressbücher. Allerdings ist ihm die Ehrenbürgerwürde nie aberkannt worden.

Paul von Hindenburg wird die historische Mitverantwortung für das Scheitern der parlamentarischen Demokratie zugeschrieben. Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass es zur Machtergreifung Adolf Hitlers kam. Zuletzt hat in einem öffentlichen Vortrag am 30.01.2013 Professor Doering-Manteuffel darauf hingewiesen, dass Hindenburg „in der vordersten Reihe der Totengräber der Republik stand“. Die Landeshauptstadt Stuttgart hat Hindenburg die Ehrenbürgerwürde 2010 aberkannt.

Paul von Hindenburg stand zudem in keiner Verbindung zu Tübingen und hat sich somit auch in keiner Weise um die Stadt verdient gemacht. Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde 1933 ist als reine Ehrenbezeichnung der Nationalsozialisten zu verstehen.

#### 2.4. Grundsätzliche Anmerkungen

Der Auftrag des Gemeinderats, eine umfassende und fundierte Begründung für die Aberkennung der Ehrenbürgerschaften von Adolf Scheef und Theodor Haering zu erstellen, erwies sich aus verschiedenen Gründen als schwierig. Grundsätzlich ist die Verwaltung mit einer fundierten wissenschaftlichen Erforschung der Biografien zeitlich überfordert, zumal beim Thema „Ehrenbürger mit NS-Vergangenheit“ auch die umfangreiche Sekundärliteratur hinzugezogen werden müsste. Bei Adolf Scheef hat sich zudem gezeigt, dass bei der Aufarbeitung seiner Person ein Forschungsdefizit besteht.

Dass auch nach einer solchen Aufarbeitung keine eindeutige Wertung zwingend ist, zeigt sich bei Theodor Haering. Bei der Frage der Aberkennung der Ehrenbürgerschaften gehen die Expertenmeinungen sowohl bei Adolf Scheef als auch bei Theodor Haering auseinander. Die überwiegende Meinung der befragten Historikerinnen und Historiker tendiert dazu, die strittigen Biografien öffentlich zu dokumentieren, zum Beispiel als Ergänzung zu den Ehrenbürgerlisten, aber von einer Aberkennung, außer in eindeutigen Fällen von verbrecherischen Handlungen, abzusehen. Eine zweifelsfreie Bewertungsgrundlage, eine Unterteilung in „Schwarz und Weiß“, lässt sich wohl nur in den wenigsten Fällen herstellen.

Um eine glaubwürdige Entscheidung zu treffen, muss sich der Gemeinderat die grundsätzliche Frage stellen, welche Kriterien er zu Grunde legt, welche Maßstäbe er anlegt, um Ehrenbürgerschaften abzuerkennen. Wenn Adolf Scheef zu Last gelegt wird, dass er ein „williger Vollstrecker“ des Regimes war und Theodor Haering vorgeworfen wird, dass er das NS-System gestützt und dem „Führer“ gehuldigt hat, dann müssen diese Maßstäbe auch für die Beurteilung anderer Ehrenbürgerschaften, z. B. der von Kurt Georg Kiesinger, gelten.

Die heute kritisch gesehen Ehrenbürgerwürden, die in der Nachkriegszeit von einem demokratisch gewählten Gemeinderat verliehen wurden, können nicht auf die Beurteilung einer einzelnen Person beschränkt bleiben. Es stellt sich vielmehr auch die Frage nach dem Umgang mit der NS-Vergangenheit, der offensichtlich gescheiterten Entnazifizierung und der Verantwortung der Gremien.

Ein weiterer Punkt ist festzuhalten: Ganz offensichtlich haben sich die Maßstäbe hinsichtlich der Beurteilung von individueller Schuld und Verstrickung in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Es ist davon auszugehen, dass dieser Prozess weiterhin anhält.

#### 3. Vorschlag der Verwaltung:

- 3.1. Adolf Scheef wird die Ehrenbürgerwürde der Universitätsstadt Tübingen aberkannt. Ihm wurde diese Auszeichnung von einem nicht demokratisch gewählten Gemeinderat, der von der NSDAP dominiert war, verliehen. Der damalige Erste Beigeordnete und langjährige NSDAP-Fraktionsvorsitzende Ernst Weinmann hat Adolf Scheef für die Ehrenbürgerwürde vorgeschlagen.
  - 3.2. Theodor Haering wird die Ehrenbürgerwürde der Universitätsstadt Tübingen aberkannt. Er war überzeugter Nationalsozialist und machte sich mit seinen Vorträgen und Publikationen zum propagandistischen Gehilfen eines verbrecherischen Regimes.
  - 3.3. Paul von Hindenburg wird die Ehrenbürgerwürde der Universitätsstadt Tübingen aberkannt. Paul von Hindenburg ist neben Adolf Scheef der einzige Ehrenbürger, dessen Ehrenbürgerschaft von den Nationalsozialisten verliehen wurde und bisher nicht aberkannt wurde.
4. Lösungsvarianten:
- 4.1. Eine eindeutige Bewertung Adolf Scheefs und seiner Rolle in der nationalsozialistischen Stadtpolitik ist auf Grund der unzureichenden wissenschaftlichen Erforschung seiner Biografie und seiner politischen Überzeugung nicht möglich. Daher wird die Entscheidung über eine Aberkennung der Ehrenbürgerwürde von Adolf Scheef zurückgestellt. Um eine tragfähige Beurteilung der Arbeit und der Person von Adolf Scheef zu ermöglichen, müsste eine vollständige Faktengrundlage erarbeitet und diese in einen Gesamtzusammenhang, u.a. mit anderen strittigen Ehrenbürgerschaften, gestellt werden. Dies könnte in Form einer Magisterarbeit geschehen. Möglich wäre eine Zusammenarbeit mit der Universität Tübingen, da Adolf Scheef auch zum Ehrensensator der Universität ernannt wurde.
  - 4.2. Bevor der Gemeinderat eine Entscheidung über die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Theodor Haering trifft, lädt er Fachleute ein, die sich mit Theodor Haering ausführlich befasst haben, und lässt sich deren Meinung darlegen.
5. Finanzielle Auswirkung:
6. Anlagen:
- Anlage 1: Adolf Scheef
- Anlage 2: Theodor Haering



## **Bericht**

1. Anlass/Problemstellung
  
2. Sachstand
  
3. Vorgehen der Verwaltung
  
4. Lösungsvariante
  
5. Finanzielle Auswirkung
  
6. Anlagen: